

Die Entwicklung sozialer Bewegungen unter der "Neuen Ordnung"

Hintergrund

In den siebziger Jahren waren die sozialen Bewegungen vor allem von der Studentenbewegung geprägt, die das dominierende Element dieser Bewegungen darstellte. Dies war bedingt durch das Trauma der Ereignisse von 1965, das noch breite Teile der Gesellschaft lähmte. Damals waren hunderttausende von Menschen umgebracht worden und mehrere hunderttausend andere landeten ohne nachvollziehbaren Anlaß in Gefängnissen oder Lagern. Es erstaunt daher nicht, daß die Angst, sich politisch zu betätigen, seine Meinung zu äußern, ja sogar nur anders zu denken als die Machthaber der "Neuen Ordnung" zu dieser Zeit allgegenwärtig war. Dennoch konnten die StudentInnen, die die für das Land und für die Masse der Bevölkerung verheerenden politischen Gepflogenheiten der Machthaber direkt erlebten, dazu nicht schweigen. Sie riefen Publikationen ins Leben, in denen die Handlungen der Regierenden angegriffen wurden, und gingen auf die Straße, um dagegen zu protestieren. Aber es ist auch durch die beiden größten Massenproteste 1974 und 1978 nicht gelungen, die Politik der "Neuen Ordnung" in eine neue Richtung zu drängen, die der breiten Bevölkerung zugute gekommen wäre – im Gegenteil, die Aktionen wurden niedergeschmettert und anschließend wurden die StudentInnen durch neue Vorschriften zur "Normalisierung des Campuslebens" (NKK) zum Schweigen verdammt. Mit diesen Regelungen verboten die Regierenden praktisch alle Formen studentischer Aktivitäten, die sich auf soziale Probleme und auf die Politik der Regierung bezogen.

Nach dieser Zerschlagung der StudentInnenbewegung, kann man sagen, war die Regierung der "Neuen Ordnung" quasi allmächtig. Denn neben der mit brutalen Mitteln erstickten StudentInnenbewegung gab es nur ein Volk, das verängstigt war, Medien, die strenger Zensur unterworfen waren, kritische Intellektuelle, die vereinnahmt worden waren – und wenn sie sich nicht fügten als Regierungsfeinde abgestempelt wurden – sowie formale Kontrollinstanzen der Legislative und Judikative, die nicht funktionierten. Mit dieser Allmacht ausgestattet, konnte die Regierung nach

eigenem Belieben schalten und walten, um sämtliche Belange des indonesischen Volkes zu bestimmen. Indonesien war auf dem Weg zu einem Staat, der die Struktur einer Familie zum Vorbild nahm: mit einem Präsidenten und seiner Gattin als Eltern (Familienoberhaupt) ganz Indonesiens, während alle anderen sich wie deren Kinder oder wie andere Familienangehörige zu verhalten hatten. Der Gouverneur entsprach dem Familienoberhaupt auf Provinzebene, der Bupati war wie ein Vater auf der Ebene der Bezirke (Kabupaten) usw., bis hinunter zur Ebene der Nachbarschaftseinheiten (RT). Dies muß im Kontext der indonesischen Kultur verstanden werden, in der das Familienoberhaupt quasi Gesetzesgewalt hat.

Alle Maßnahmen der Regierung wurden mit Verordnungen und Dekreten der Regierung legitimiert, so daß nach außen immer der Anschein gewahrt wurde, als ob diese Maßnahmen legal seien. Ob diese Verordnungen und Dekrete im Einklang mit den Gesetzen und politischen Leitlinien für Staatsangelegenheiten standen, spielte keine Rolle; ob die Verordnungen der Zentralregierung im Einklang standen mit denen der Provinzen, war Nebensache. Das einzige, was zählte, war, daß die Machthaber nicht vor der Öffentlichkeit ihr Gesicht verloren. Des weiteren wurden diese Verordnungen selbstverständlich auch dazu genutzt, die Machtpositionen von Regierenden und Militärs abzusichern. Wenn beispielsweise der Sohn oder die Tochter eines Funktionärs in einem Bereich, der noch nicht gesetzlich geregelt war, ein Unternehmen eröffnen wollte, konnte dieser Sohn oder diese Tochter sehr einfach Druck auf den zuständigen Beamten ausüben, damit dieser eine Regelung nach seinem bzw. ihrem Gusto verabschiedete. Ebenso verhält es sich mit den Regelungen zu Landrechten, die auf zentraler Ebene oft anders geregelt sind als auf regionaler Ebene. Taucht ein solcher Fall auf, so entscheidet im Zweifelsfall eine Verordnung oder ein Beschluß des als unfehlbar geltenden Präsidenten. In Indonesien erzählt man sich den Witz: "Was ist die Hauptbeschäftigung von Regierenden der 'Neuen Ordnung'?" Antwort: "Sie erlassen Verordnungen und fassen Beschlüsse."

Nichtregierungsorganisationen

Wie groß auch immer die Angst sein mag und mit wievielen Regierungsverordnungen auch immer das Leben der Menschen in engen Bahnen geregelt wird, in dem Moment, wo existentielle Fragen berührt werden, gibt es keine andere Wahl, als sich dagegen zur Wehr zu setzen. Wenn die Leute einmal, zweimal, vielleicht auch noch ein drittes Mal, benachteiligt wurden, so nahmen sie es hin, solange ihr Leben davon nicht allzusehr beeinträchtigt wurde. Aber von den kleinen Leuten wurden zu oft Opfer verlangt zugunsten einer nationalen Entwicklung, die in Wirklichkeit nur denjenigen nützte, die den Mächtigen bzw. der Macht selbst nahestanden. Unter diesen Umständen war es einfach nicht möglich, sich weiter anzupassen, und die Angst der Leute, sich zu wehren, schwand notgedrungen. Auch die StudentInnen, die sich um die sozialen und politischen Probleme sorgten, konnten nicht länger schweigend zusehen, was um sie herum geschah. Der Gleichklang ihrer Gefühle und ihrer Schicksale mündete darin, daß sich die StudentInnen und das Volk zu einer Bewegung vereinigten. Um ihrer Zusammenarbeit eine Form zu geben, gründeten sie – als Ersatz für die verbotenen Campusmedien – Nichtregierungsorganisationen (NRO).

Somit erstaunt es nicht, daß sich in den 80er Jahren der Widerstand derer regte, die zu Opfern der Machthaber geworden waren: Fälle wie der Touristenpark Borobudur, der Staudamm Gajah Mungkur in Wonogiri, der Staudamm Kedung Ombo, die Landstreitigkeiten in Majalengka und viele weitere Fälle von Landrechtsstreitigkeiten. Bei all diesen Fällen wurde offensichtlich, wie die Machthaber die kleinen Leute über's Ohr gehauen hatten. Die Rolle der NROs war es zu dieser Zeit, denjenigen beizustehen, die bereits direkte Opfer der Entwicklung geworden waren. Die Arbeitsweisen, Methoden und Problemlösungsversuche der NROs waren darauf ausgerichtet, diese kleinen Leute selbst zu Akteuren in einer Gesellschaft zu machen, die nicht nur die Probleme in ihrer jeweiligen unmittelbaren Umgebung sieht, sondern auch versucht, alternative Lösungsansätze dafür zu finden. Die Arbeit der NROs wurde Anfang der 80er sehr populär, sowohl beim einfachen Volk als auch in studentischen Kreisen, weshalb die NROs großen Zulauf hatten und eine rasante Entwicklung erlebten.

In den großen Universitätsstädten gediehen die NROs am besten. Obgleich die NROs schwerpunktmäßig in den Städten angesiedelt waren, erstreckte sich ihr Arbeitsfeld auf alle Gebiete; auf den Landwirtschaftsbereich in den Dörfern, auf den Gartenbau in den Bergregionen, auf die Fischer, den informellen Sektor

und die ArbeiterInnen in den Städten usw.. Neben innenpolitischen Gründen gab es noch andere Faktoren, die eine gewichtige Rolle für die Entwicklung der NROs in Indonesien spielten. Das Zusammentreffen mit NROs aus dem Ausland ermöglichte den Erfahrungs- und Informationsaustausch sowie materielle und immaterielle Unterstützung. Wichtiger noch war aber das Gefühl der indonesischen NRO-AktivistInnen, nicht alleine zu sein, sondern Ansichten, Arbeitsweisen und Lösungsansätze mit anderen zu teilen.

Den Durchbruch erreichte die indonesische NRO-Bewegung, als sie sich der Probleme mit dem Staudamm Kedung Ombo annahm, wodurch sie sich große Sympathie im In- und Ausland einhandeln konnte. Von diesem Zeitpunkt an bemühte sich die Regierung mittels des Gesetzes über gesellschaftliche Organisationen (Undang-Undang OrMas), den Handlungsspielraum der NROs deutlich einzuschränken. Aber die NROs sind keine gesellschaftliche Organisation im Sinne des Gesetzes, da sie nicht über eine klar abzugrenzende, dauerhafte Mitgliedschaft verfügen. Deshalb ist es der Regierung nicht gelungen, mit diesem Mittel die Aktivitäten der NROs unter ihre Kontrolle zu bringen. Die NROs konnten sich weiterhin betätigen und ihre Funktion erfüllen, aber für die Herrschenden waren sie zum roten Tuch geworden. Zur gleichen Zeit wurde auch das Klima an den Universitäten wieder gereizter. Die StudentInnen wollten sich nicht länger den Mund verbieten lassen und forderten Ende der 80er die Erlaubnis für freie Debatten auf dem Campus. Seit dieser Zeit ist die StudentInnenbewegung wieder erstarkt. Aber anders als die StudentInnenbewegung der 70er Jahre stand diese Bewegung nicht isoliert da, sondern kämpfte Schulter an Schulter mit den Menschen aus dem Volk und Seite an Seite mit den NROs.

Die Wiederbelebung der StudentInnenbewegung gab der politischen Landschaft Indonesiens neue Farbtupfer. Die StudentInnen mit ihrer hohen Mobilität und ihrem großen Idealismus auf der einen Seite und die Bevölkerung, die sich immer mehr darüber bewußt wurde, wie sehr sie die Regierenden der "Neuen Ordnung" leid war, fanden in den NROs ihre Verbündeten, die sie mit ihren Arbeitsmethoden zu unterstützen versuchten. Angesichts dieser neuen Umstände konnten auch die ArbeiterInnen auf Unterstützung hoffen und verspürten neue Kraft, sich wieder zu organisieren. Und tatsächlich dauerte es nicht lange, bis die ersten studentischen Solidaritätskomitees gegründet wurden, womit der ArbeiterInnenbewegung vermittelt wurde, daß es Partner und Unterstützer gab, auf die sie zählen konnte. Denn die Solidaritätskomitees konnten an jedem Ort, zu jeder Zeit und zu jedem Anlaß gegründet wer-

den, um den ArbeiterInnen ihre Solidarität unter Beweis zu stellen. Auch die Zusammensetzung der Komitees war sehr flexibel. Manche bestanden nur aus StudentInnen, andere hatten StudentInnen und NRO-VertreterInnen oder Leute aus dem Volk als Mitglieder. Da die StudentInnen die Probleme der ArbeiterInnen täglich direkt vor Augen hatten, solidarisierten sich viele von ihnen mit den ArbeiterInnen. Das Zusammengehen von StudentInnen und ArbeiterInnen war für sich schon eine neue Qualität der Bewegung. Mit diesen beiden Speerspitzen versehen, gewann die Bewegung schnell an Boden und erreichte auch die Reihen der Herrschenden, woraufhin sich innerhalb der Elite erste Brüche zeigten.

Die ArbeiterInnenbewegung

Die StudentInnen hatten sich bereits wieder erhoben und auch die Intellektuellen begannen sich mit den ihnen eigenen Mitteln wieder zu politisieren, aber die ArbeiterInnen befanden sich seit der Machtübernahme der "Neuen Ordnung" in einem Dornröschenschlaf, der ihnen von der Regierung aufgezwungen wurde. Ihre Situation war auch dadurch er-



schwert, daß zwischen dem Angebot an Arbeit und der Zahl der Arbeitsuchenden eine sehr große Kluft bestand, die natürlich die Stellung der ArbeiterInnen schwächte. Andere Gewerkschaften als die von der Regierung vorgesehenen durften nicht gegründet werden, die Fabriken wurden direkt und indirekt streng kontrolliert, so daß sofort das Militär einschritt, sobald sich unter den ArbeiterInnen Unzufriedenheit breit machte. Währenddessen war es sowohl für StudentInnen als auch für NROs schwierig, in den Arbeiterquartieren zu agieren, denn zum einen waren die knappen Ressourcen an Personal und Zeit weitgehend durch die Landrechtsprobleme gebunden,

derer sich die NROs angenommen hatten, zum anderen aber war das Thema ArbeiterInnen besonders sensibel, denn die Regierenden der "Neuen Ordnung" waren schnell dabei, die ArbeiterInnenbewegung mit der verbotenen kommunistischen Partei, PKI, zu identifizieren.

Das Leben der ArbeiterInnen in den Städten ist hart. Die harte Konkurrenz, der streng geregelte Arbeitsrhythmus, die niedrigen Löhne, das Nichtvorhandensein von Arbeitsschutz und sozialen Absicherungen usw.. Wenn jemand krank wird, muß er die Kosten für ärztliche Behandlung und Medikamente selbst tragen; zusätzlich wird aber auch noch der Lohn gekürzt. Andererseits sehen die ArbeiterInnen täglich den Luxus, den sich andere leisten können. Sie erleben, wie andere ihr Geld zum Fenster rauswerfen können, um ihrem Konsumrausch zu frönen. Es ist daher nur allzu verständlich, wenn bei den ArbeiterInnen der Neid wächst, zumindest aber der Wunsch, sich auch etwas mehr leisten zu können. Aber für sie ist es schon schwer, das reine Überleben zu finanzieren. Daher bleibt ihnen keine andere Möglichkeit als sich zu vereinen und gemeinsam für eine Verbesserung ihrer Lage zu kämpfen. Doch dazu braucht es eine Organisation, die in der Lage ist, ihren Willen und ihre Bedürfnisse umzusetzen. Aber hierzu den Anfang zu machen fehlte es angesichts der bestehenden Risiken am notwendigen Mut.

Die ArbeiterInnen brauchten eine klare Organisationsform, um aktiv werden zu können, die StudentInnen brauchten eine breite Basis von Leuten und auch die NROs hatten bestimmte Bedürfnisse, um ihre Arbeit machen zu können. Diese verschiedenen Bedürfnisse trafen sich an einem Punkt und durch den Zusammenschluß der Bewegungen ergänzten sie sich zu einem Ganzen. Unter den ArbeiterInnen, die so lange auf eine Möglichkeit gewartet hatten, für ihre Rechte zu kämpfen, herrschte Aufbruchstimmung. Der erste Streik unter dem System der "Neuen Ordnung" wurde bald gefolgt von weiteren Streiks, und innerhalb kurzer Zeit erlebte Indonesien eine nicht mehr enden wollende Streikwelle. Obwohl den Streiks mit aller Härte begegnet wurde und viele ArbeiterInnen deswegen ihren Job verloren, konnte die Bewegung nicht mehr gebremst werden. Immer mehr Arbeiterorganisationen wurden gegründet, darunter solche, die sich wie SBSI (Serikat Buruh Sejahtera Indonesia) und SBM (Serikat Buruh Merdeka) gleich zu Gewerkschaften erklärten, und andere, wie z.B. PPBI (Pusat Perjuangan Buruh Indonesia), die unter anderem Namen einen ähnlichen Anspruch zu verwirklichen suchten. Hinzu kommen eine Vielzahl von NROs, die sich auf die ein oder andere Art und Weise mit dem Schicksal von ArbeiterInnen befassen. Alle diese Organisationen haben unter-

schiedliche Arbeitsweisen und andere Schwerpunktsetzungen, doch im Prinzip arbeiten sie alle für die selben Ziele und versuchen sich, so gut es geht, gegenseitig zu unterstützen.

Die Forderungen, die die ArbeiterInnen erhoben, waren zu Anfang vor allem sozialer Natur und von eher bescheidenem Ausmaß. Höhere Löhne, bessere soziale Absicherung, Kündigungsschutz usw. standen ganz oben auf der Agenda. Doch je länger die Bewegung anhielt, desto politischer wurden die Forderungen, die sich nunmehr nicht mehr allein auf die klassischen ArbeiterInnenprobleme wie Löhne u. dgl. beschränkten. Insbesondere Organisationen mit hohem politischem Anspruch, wie beispielsweise PPBI, begannen die Lage der ArbeiterInnen zu

problem nicht bei ihrem jeweiligen Arbeitgeber zu suchen war, sondern daß ihr Hauptproblem in den politischen und wirtschaftlichen Strukturen außerhalb ihres Fabrikgeländes lag. Spätestens nach dieser Erkenntnis war es klar, daß sich die Forderungen der ArbeiterInnen nicht mehr auf einzelne Verbesserungen an ihrem Arbeitsplatz beschränken ließen, sondern daß nun grundsätzlich das politische System infrage gestellt wurde, wie oben ausgeführt.

Arus Bawah – "Bewegung von unten"

Das kritische Potential in der Bevölkerung wuchs, je mehr StudentInnen und Intellektuelle sich der Probleme der kleinen Leute annahmen. Die Medien konnten über die desolaten Zustände innerhalb der politischen Elite berichten, und je deutlicher die Brüche innerhalb der Elite wurden, desto mehr gewann das einfache Volk an Stärke. Die Leute hatten weitgehend die Angst verloren, offen auszusprechen, was sie dachten. Sie hatten auch kein Problem mehr damit, den Herrschenden

gegenüberzutreten und sie lernten immer besser, mutig für ihre Rechte einzutreten. Das Volk war nicht länger gewillt, sich von Versprechungen hinhalten zu lassen, und schenkte der Regierungspropaganda von den Erfolgen der Entwicklung keinen Glauben mehr. Unter diesen Bedingungen konnte das Volk von den Herrschenden einfordern, Maßnahmen zu streichen, die lediglich einer kleinen Gruppe von Leuten nützten, die Zugang zur Macht hatten. Zum ersten Mal geschah dies Anfang der 90er Jahre, als sich große Teile der Bevölkerung mit der Forderung erhoben, die Lotterie SDSB abzuschaffen – mit Erfolg. Dieses Ereignis machte auch deutlich, daß die soziale Bewegung nicht länger lokal begrenzt war, sondern bereits ein landesweites Phänomen war. Die Menschen hatten begriffen, daß nicht die lokale Bürokratie, sondern das Zentrum der Macht selbst für die meisten Mißstände verantwortlich war.

Die aufgeklärten Massen stellten ihre Kraft erneut unter Beweis, als sie gegen den erklärten Willen der Regierenden die Wiederwahl von Abdurahman Wahid zum Vorsitzenden der islamischen Massenorganisation NU durchsetzen. Ebenso verhielt es sich mit den Vorstandswahlen der Demokratischen Partei Indonesiens (PDI). Die Kandidatin Megawati Soekarnoputri genoß das Vertrauen der

Bevölkerung und konnte zur Vorsitzenden gewählt werden, obwohl der Apparat mit allen Mitteln versucht hatte, ihre Wahl zu verhindern. (Im Mai 1996 versuchte der Apparat, die Situation wieder für sich zu entscheiden, indem Megawati kurzerhand abgesetzt wurde. Dieser Willkürakt endete vorläufig in den blutigen Straßenschlachten am 27. Juli in Jakarta, s. unten). Durch die Einbeziehung immer größerer Teile der Bevölkerung erhielten auch lokale Begebenheiten ein völlig neues Gewicht. Die Leute suchten die Urheber aller Übel im Zentrum der Macht und versuchten deshalb, genau dort Druck auszuüben. Die tausend kleinen Probleme der Provinz lieferten den Nachschub für eine Auseinandersetzung, die in Jakarta ausgetragen wurde.

StudentInnen, die sich im *Forum Mahasiswa Indonesia* zusammengeschlossen hatten, nutzten diese Situation, um eine kleine aber medienwirksame Demonstration in Jakarta durchzuführen. Sie forderten, Präsident Suharto vor Gericht zu stellen, damit er sich dort für seine Taten verantworten könne. Zwar endete die Aktion mit der Festnahme und Verurteilung von 21 StudentInnen, aber es war gelungen, ein von Suharto geschaffenes politisches Tabu zu brechen, das da hieß: Man darf über alles reden, aber nicht über den Präsidenten. Nach diesem Tabubruch wurden die Geschäfte der Söhne und Töchter Suhartos schnell zu einem beliebten Gesprächsthema unter Bauern, Taxifahrern bis hinauf in die Verwaltungen sowie in Militärkreise. Das alles geschah, obwohl noch wenige Jahre zuvor jedes Thema, das soziale und politische Fragen anschnitt, gemieden worden war. Während man früher zu Leuten auf Abstand gegangen war, die als zu kritisch angesehen wurden, wetteiferten jetzt die Leute geradezu darum, wer am schärfsten reden konnte.

Die aktuelle Situation

Die Dauerhaftigkeit der Bewegung führte dazu, daß sich auch wieder Leute zu Wort meldeten, die das politische System Indonesiens verbessern wollten, aber lange Zeit nicht den Mut hatten, sich dazu zu äußern. Sie erreichten schließlich, daß sich die Meinungsunterschiede innerhalb der politischen Elite verschärfen. Die Spaltung dieser Elite brachte verschiedene Gruppen hervor: da waren zunächst diejenigen, die es an Loyalität gegenüber Suharto mangeln ließen. Sie wurden sofort kaltgestellt oder durch Versetzung auf weniger wichtige Posten von den Schalthebeln der Macht entfernt. Zu ihnen zählte auch die Gruppe der Systemveränderer, die sich nun neu orientierten und den Kontakt zu StudentInnen, NROs und Arbeiterinnen und anderen nach Demokratie strebenden Gruppen suchten. Die zweite Gruppe waren die



Frustration, Konfusion, aber keine Panik.

aus: FEER v. 8.8.96, S. 16

analysieren und erhoben bald weitergehende Forderungen, z.B. nach einem Ende militärischer Einmischung in Arbeitskämpfe, nach grundlegenden politischen Veränderungen, nach freien Wahlen, nach Organisationsfreiheit, die die Neugründung von Parteien ermöglichen würde, nach einer Ablösung des Präsidenten, bis hin zu der Forderung nach einem Referendum für das Volk in Ost-Timor.

Neben der Anzahl der Streiks stieg auch die Zahl ihrer TeilnehmerInnen drastisch in die Höhe. Je grundlegender die gestellten Forderungen wurden, desto mehr ArbeiterInnen fühlten sich davon angesprochen. So kam es, daß nicht mehr nur die Beschäftigten einzelner Fabriken auf die Straße gingen, um ihre ganz spezifischen Forderungen kundzutun, sondern ArbeiterInnen aus mehreren Fabriken begannen sich zu koordinieren, um gemeinsam in Streik zu treten. Somit beteiligten sich nun auch Leute an Solidaritätsstreiks, die selbst gerade keinen konkreten Anlaß gehabt hätten, um ihre Firma zu bestreiken. Von großer Bedeutung war es, als bekannt wurde, daß die durchschnittlich von den Unternehmen gezahlten Schmiergelder die Höhe der Lohnkosten um das Dreifache überschritten. Von diesem Punkt an verstanden die ArbeiterInnen, daß ihr Haupt-

Reformisten, die zwar den Kontakt zu Suharto aufrecht erhalten wollten, aber gleichzeitig den Kontakt zu kritischen Gruppen suchten. Die dritte Gruppe schließlich bestand aus denjenigen, die weiterhin uneingeschränkte Loyalität zu Suharto zeigten und keinerlei Veränderungen wünschten. Diese Gruppe ist bekannt unter dem Namen 'Pro-Status-quo'. Ihre Anhängerschaft beschränkte sich nicht nur auf die Bürokratie; auch in den Reihen des Militärs und der politischen Parteien (Golkar, PPP, PDI) fanden sich viele Anhänger des Bestehenden.

Währenddessen gewann die Bewegung weiter sowohl an Breite als auch an Tiefe. So entstanden Zusammenschlüsse von Organisationen wie das Demokratische Forum (Forum Demokrasi), die Allianz für Volksdemokratie Aldera (Aliansi Demokrasi Rakyat), eine Reihe von intellektuellenvereinigungen auf Basis der verschiedenen Religionszugehörigkeiten (Moslems, Protestanten, Katholiken, Hindus und Buddhisten) sowie eine Vielzahl weiterer Bündnisse. Während des letzten Jahres entstanden sogar einige neue Parteien wie die PRD (Partai Rakyat Demokrasi; Demokratische Volkspartei), PUDI (Demokratische Union Indonesiens; Partai Uni Demokrasi Indonesia), Masyumi Baru (neue Masyumi-Partei; Masyumi war vor dem Verbot unter der 'Neuen Ordnung' eine progressiv-islamische Partei), PNI Baru (Partai Nasionalis Indonesia Baru; neue Nationalpartei; die 'alte PNI' wurde ebenfalls von Suharto aufgelöst) usw. Offiziell verbietet die Regierung die Gründung neuer Parteien, aber inzwischen wissen die Menschen, daß laut Grundgesetz die Gründung von Parteien sehr wohl erlaubt ist, so daß die Hüter des Status quo nicht viel mehr dagegen tun können als ihre immer gleichen Statements in den Massenmedien zu verbreiten. Dabei ist es keine Frage, daß die Programme der neuen Bündnisse und Parteien ganz klar auf umfassende politische Veränderungen in Indonesien abzielen.

Wenn diese Veränderung vom Willen der breiten Masse abhängig wäre, dann könnten nur zwei Gruppen auf deren Unterstützung setzen: die Reformkräfte und die Kräfte, die sich für mehr Demokratie einsetzen. Die Unterstützung für die Status-quo-Gruppe wird dagegen mit jedem Tag schwächer und wenn sie überhaupt noch Unterstützung findet, dann geschieht dies aufgrund von Zwang. Man kann sagen, daß im Volk keinerlei Sympathien mehr für diese Gruppe anzutreffen sind. Doch in Wahrheit ist die Landkarte der politischen Kräfteverteilung nicht ganz so einfach wie hier dargestellt, sondern wesentlich komplexer. Das liegt daran, daß es zwischen den drei genannten politischen Lagern noch eine Vielzahl von Zwischenstadien gibt, Leute, die entsprechend dem jeweiligen politischen Klima und den bestehenden

Aussichten jederzeit ihre Meinung ändern können. Unumstößlich sind dagegen zwei wichtige Fakten, die an dieser Stelle unterstrichen werden müssen, nämlich erstens, die Tatsache, daß Suharto nicht mehr ewig an der Macht sein wird und zweitens, daß sich die breite Bevölkerung nicht mehr von den Slogans der "Neuen Ordnung" benebeln läßt.

Der schwarze Samstag

Wie komplex die Bewegung innerhalb der Gesellschaft inzwischen geworden ist, läßt sich am Beispiel der blutigen Ereignisse vom 27. Juli 1996 ersehen. Dieses Datum ist seither auch als der schwarze Samstag bekannt. Die Geschehnisse des schwarzen Samstags waren eigentlich nicht mehr als eine kleine Eruption, die als Anzeichen eines noch kommenden größeren Ausbruchs verstanden werden muß. Für das, was am 27. Juli geschah, gibt es verschiedene Erklärungsversuche. Eine Version ist, daß die Unruhen von bestimmter Seite provoziert wurden, um das Ansehen Präsident Suhartos zu schädigen. Die zweite Version ist, daß die Unruhen angestiftet wurden, um damit dem Militär eine Gelegenheit zum Eingreifen zu geben, damit alle Welt sehen konnte, daß das Militär nach wie vor eine gewichtige Rolle spielt. Die dritte Möglichkeit ist, daß die Ereignisse dazu dienen sollten, das Militär neu zu einen. Der vierte Erklärungsversuch schließlich ist, daß die Ereignisse nichts anderes waren als ein gescheiterter Putschversuch, infolgedessen nun die PRD und andere kritische Geister als Sündenböcke herhalten müssen. Darüberhinaus existiert eine Vielzahl weiterer Theorien, die alle nicht völlig von der Hand zu weisen sind.

Seit die Macht der "Neuen Ordnung" konsolidiert ist, waren die Geschehnisse vom 27. Juli der bisher blutigste Zwischenfall. Die Zahl der Toten, die von der Regierung mit 4 und von der nationalen Menschenrechtskommission mit 5 beziffert wird, liegt nach Einschätzung verschiedener MenschenrechtlerInnen eher im Bereich zwischen 48 und 100 Personen. Nach Angaben der nationalen Menschenrechtskommission werden 74 Personen vermißt. Hunderte von Verletzten mußten in Krankenhäusern behandelt werden. Der entstandene Sachschaden geht in die Millionen. Der Vorfall ist ein deutliches Signal für die Notwendigkeit eines Machtwechsels und die Schaffung neuer Strukturen. Damit einhergehen muß eine Verjüngung der politischen Führung – weg von der Generation derer, die von feudalistischem und faschistoidem Denken geprägt sind, und hin zur neuen Generation derer, die sich der Demokratie verpflichtet fühlen, dem Volk verbunden sind und einen ganzheitlichen Ansatz zur Lösung der komplexen Probleme der Zukunft verfolgen.

Grundlage für diese Behauptung ist die Annahme, daß die Massenproteste im Juli eine Reaktion auf die Willkür und Arroganz der Machthaber waren. Für die Folgen der Proteste, die so viele Menschenleben gekostet und unermesslichen materiellen Schaden angerichtet haben, suchen die Machthaber nun eine Rechtfertigung, indem sie behaupten, daß die Proteste von AnhängerInnen der PRD geschürt wurden, die im gleichen Atemzug des Kommunismus bezichtigt werden.

Doch dieses Mal dürfte die Regierung über den Erfolg ihrer Propaganda enttäuscht sein, da sie von niemandem mehr ernstgenommen wird. Im Gegenteil werden solcherlei Rechtfertigungsversuche inzwischen zum allgemeinen Gespött. Die in den Medien bezüglich der PRD erhobenen Behauptungen sind zum großen Teil unwahr. Dabei wäre es ein Leichtes, die wahren Begebenheiten zu recherchieren. Und das Gespenst des Kommunismus erschreckt in Wirklichkeit niemanden mehr, aber weil es das einzige Argument ist, das der Regierung zur Rechtfertigung ihres brutalen Vorgehens bleibt, wird es weiter beschworen. Andere Argumente, wie beispielsweise die Wahrung der inneren Stabilität und die Entwicklung des Landes, die früher oft vorgebracht wurden, haben schon seit mehreren Jahren ausgedient, weil die Menschen längst begriffen haben, daß diese nur als Vorwand benutzt werden, um den harten Kurs der Regierung zu rechtfertigen.

Der schwarze Samstag hat einmal mehr gezeigt, daß die "Neue Ordnung" die Herrschaft nicht mehr fest im Griff hat, daß das System brüchig wird und nicht mehr in der Lage ist, auf die bestehenden Herausforderungen mit neuen Konzepten zu reagieren. Dagegen entwickelt sich die Bewegung innerhalb der Bevölkerung sowohl quantitativ als auch qualitativ weiter und nähert sich immer schneller dem Punkt, an dem sie die Regierenden zu drastischen politischen Veränderungen zwingen kann. Auch wenn die Regierung ihren brutalen, arroganten und von Willkür geprägten Kurs beibehält, wird sie schärfere und länger anhaltende Konflikte nicht verhindern können. Mit anderen Worten, dem schnell an Kraft zunehmenden Drängen des Volkes nach einschneidenden Veränderungen wird kein Einhalt mehr zu bieten sein. Es ist nur noch die Frage wann und auf welche Art und Weise sich dieser Wandel vollziehen wird.

Agus Setiawan

Der Autor ist Mitglied im Vorstand des Trägervereins der Südostasien Informationsstelle. Übersetzung ins Deutsche von Alex Flor.